

Zum Tätigkeitsbericht der Landrätin, 29. Juni 2015

(Achtung, es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrte Abgeordnete,

der Tätigkeitsbericht der Landrätin zur Arbeit der Kreisverwaltung gibt Ihnen zweifellos einen guten Überblick über die Breite unserer Aufgaben.

Zu diesem Bericht will ich – wie bereits 2014 mit dem Thema Bildung –auch in diesem Jahr einen thematischen Schwerpunkt setzen. Nicht zuletzt Ihre eigenen Anträge, sehr geehrte Abgeordnete, zeigen, dass das Thema Asyl und Flüchtlingsunterbringung sich zunehmend wie ein roter Faden durch unsere Arbeit zieht. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht steigende Flüchtlingszahlen, die Not der Menschen und die Ratlosigkeit der Politik Schlagzeilen in den Medien sind.

Auch an unserem Tätigkeitsbericht können Sie erkennen, dass eine Vielzahl von Ämtern mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern befasst ist. Gerade der Kreis und die Kommunen stehen aufgrund steigender Flüchtlingszahlen unter großem Druck.

Zunächst noch einmal zu den Zuständigkeiten:

Grundsätzlich ist **der Bund** lediglich für die Durchführung der Asylverfahren zuständig. Er zahlt demnach alle Kosten rund um das Asylverfahren sowie die Kosten für Integrationskurse für anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte.

Das Land ist für die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden in der Erstaufnahme zuständig. Dazu zählt auch die gesundheitliche Erstuntersuchung. Brandenburg ist eins der wenigen Länder, das auch Sprachkurse in der Erstaufnahme durchführt.

Die Kommunen sind für die Unterbringung und Versorgung der Asylsuchenden nach der Verteilung zuständig. Hierfür erhalten sie Kostenersatz gemäß der Erstattungsverordnung vom Land.

Sehr geehrte Abgeordnete,

dass Flüchtlinge nach Deutschland und in den Landkreis kommen, ist kein neues Phänomen. An Erfahrungen im Umgang mit ihnen und ihren Bedürfnissen oder Sorgen mangelt es nicht. Die seit 2013 stark ansteigenden Zahlen erschweren jedoch einen vorausschauenden Umgang mit dem Thema.

Aktuell scheint es so, dass dieser Zustand anhalten wird, sodass wir den Umgang mit Flüchtlingen als langfristiges kommunales Thema annehmen müssen und auch werden. Das gelingt jedoch nicht allein mit einzelnen Projekten, sondern bedarf stabiler Strukturen. Deshalb haben wir in der Kreisverwaltung seit einem Jahr eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe Integration/Migration, die Frau Gurske leitet.

Was sind mit Blick auf die heutige Situation die Herausforderungen?

Grundsätzlich unterscheidet sich die Lage in Teltow-Fläming nicht von der in anderen Landkreisen. Seit 2007 hat sich die Zahl der Asylbewerber verzehnfacht. Seit 2013 haben wir einen sprunghaften Anstieg, der es uns nicht möglich macht, wie der Innenminister Herr Schröter treffend sagt, „vor die Lage zu kommen“.

Wir Landkreise sind in einer Situation des ständigen Reagierens statt des vorausschauenden Agierens. Unter hohem Zeitdruck müssen viele Stellschrauben gleichzeitig bewegt werden:

- Bürgermeister und Verwaltungen, Abgeordnete und Bevölkerung sind schnell und umfassend zu informieren und einzubinden.
- Standorte für Unterkünfte sind zu finden und zu bauen, Notunterkünfte und Wohnungen müssen bereitgestellt werden
- Kita, Schule und Gesundheitsversorgung sind zu sichern, Mobilität und Erreichbarkeit von Zentren ebenso,
- Sprachförderung ist erforderlich, kommunale Integrationskonzepte werden erwartet, ebenso wie Ausbildung und Arbeit für die Zuwanderer.

Das zuerst zu lösende Problem und damit auch **die größte Herausforderung** ist die Unterbringung. Schon hier stoßen Erwartungen und Realität aufeinander:

Auch wenn theoretisch Einigkeit besteht, dass die dezentrale Unterbringung oder die Versorgung der Menschen mit Wohnungen wünschenswert wäre, stößt dies auf Grenzen der Umsetzbarkeit. Gerade dort, wo ein starkes wirtschaftliches Potenzial vorhanden ist – also vor allem im Norden des Landkreises – ist der Immobilienmarkt eng und teuer. Bezahlbarer Wohnraum ist kaum vorhanden. Darüber hinaus lässt die bundesweite Nachfrage nach mobilen Wohnunterbringungen die Kosten für solche Module steigen. Überdies stehen bei Bau- und Ausbauprojekten notwendiger Planungsvorlauf und Ausschreibungsmodalitäten kurzfristigen Lösungen entgegen.

Im strukturschwachen Süden des Landkreises und in Kommunen mit Überalterung, hohem Leerstand und Hilfebezug sind andere, aber nicht weniger schwierige Umstände bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu beachten.

Wie gehen wir also vor? In enger Zusammenarbeit mit Sozial- und Ordnungsamt, Bau- und Hauptamt werden vorhandene kreiseigene, kommunale und private Gebäude sowie Grundstücke nach den Vorgaben des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg geprüft. Derzeit sind Übergangwohnheime in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Großbeeren eingerichtet.

Weitere 6 Unterbringungsobjekte sind aktuell in der Planung. Sie umfassen insgesamt 307 Wohnheimplätze, die baulich hergerichtet und komplett ausgestattet werden müssen.

Grundlage bildet der Beschluss des Kreistages aus dem Jahr 2013, in dem die prozentuale Unterbringung von Flüchtlingen entsprechend der Einwohnergröße der Kommunen festgelegt wurde. Darüber hinaus besteht mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Einigkeit, dass die Mittelzentren eine besondere Verantwortung haben. Ausgenommen ist hier das Mittelzentrum Zossen bzw. der Ortsteil Wünsdorf, weil dort das Land Brandenburg eine Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 1200 Menschen schaffen wird.

Bei all diesen Entscheidungen hat für eine kleine Erleichterung die punktuelle Anpassung des Baugesetzbuches durch die Bundesregierung gesorgt, wonach u. a. Flüchtlingsunterkünfte temporär in Gewerbegebieten zulässig sind. Darüber hinaus fordern wir von der Landesregierung Vergabeerleichterungen bei der Flüchtlingsunterbringung so wie in Sachsen.

Um ein Klima des Willkommens zu schaffen, werben wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen auf Informationsveranstaltungen für die Aufnahme der Neuankömmlinge. All diese Entwicklungen waren und sind nur möglich durch eine enge Zusammenarbeit mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Gemeindevertretungen, Stadtverordneten, vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern und mit Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete, die Sie insbesondere in Ihren Gemeinden für eine große Unterstützung sorgten. Dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle.

Eine weitere große Herausforderung stellen die Kinderbetreuung und die Beschulung dar. Das größte Paket stemmen hierbei die Schulen in Luckenwalde. In der Kreisstadt sind besonders viele Flüchtlingsfamilien untergebracht, weshalb die Schulen hier besonders gefordert sind. Generell bemüht sich das Sozialamt im engen Dialog mit den Kommunen, die Zuweisung der Migranten so zu steuern, dass für die zu beschulenden Kinder grundsätzlich erst einmal Plätze vorhanden sind. Das Problem des Förderunterrichts kann der Kreis nicht selbst lösen. Hier suchen wir den engen Kontakt mit dem Landesschulamt, um auch Lösungen für die im bereits laufenden Schuljahr

ankommenden ausländischen Kinder zu finden. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang sehr die aktuelle Festlegung des Bildungsministeriums, nach der grundsätzlich jedes ausländische Kind Anspruch auf eine Förderstunde hat.

Die Kita-Betreuung erfordert ein enges Zusammenspiel von Eltern, Sozialarbeitern und Gemeinden. Hier spüren wir deutlich, dass sozialarbeiterische Kapazitäten fehlen, denn vielen ausländischen Eltern müssen der Wert eines Kita-Platzes und der Weg dahin erst deutlich gemacht werden.

Derzeit sind unter den Flüchtlingen 38 Kita-Kinder, davon 11 im Vorschulalter. 9 besuchen eine Kindertagesstätte, überwiegend Vorschulkinder. Umso mehr hat uns das Angebot des OSZ gefreut, das in Luckenwalde im Rahmen von „Unterricht am anderen Ort“ im Heim selbst Angebote vorgehalten hat. 15 Kinder erhalten dadurch eine Betreuung.

Anrede,

Sprache ist nicht nur für die Kinder ein Schlüssel zur Integration, sondern auch für ihre Eltern. Insgesamt wurden an der Kreisvolkshochschule 29 Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ durchgeführt. Ermöglicht wurde das auch durch das Brandenburger Landesprogramm Deutschkurse für Flüchtlinge. Da sich hier aktuell eine Lücke auftut, hat die Volkshochschule kurzfristig einen Antrag auf MBS-Ausschüttungsmittel gestellt, um das Angebot für Flüchtlinge über den Sommer aufrechterhalten zu können. Ich hoffe hier sehr auf Ihre Zustimmung.

Eine weitere Herausforderung besteht in der notwendigen personellen und finanziellen Absicherung der wachsenden Aufgaben. Die Unterbringung der Flüchtlinge ist zwar eine Pflichtaufgabe nach Weisung, sie begründet aber nicht einen Freifahrtschein für unwirtschaftliche Entscheidungen und auch nicht für unbegründete Personalertüchtigungen. Hier wirkt die Haushaltssicherung deutlich.

Die Aufwendungen für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sind vom Jahr 2013 zum Jahr 2014 um 2.624.000 Euro angestiegen. Das entspricht einem prozentualen Anstieg um 122 Prozent, also auf mehr als das Doppelte. Wegen notwendiger personeller Ertüchtigungen im Sozialamt und in der Ausländerbehörde sowie der Eröffnung von insgesamt zwei kommunalen Übergangwohnheimen mussten zusätzlich sieben Stellen geschaffen werden.

Die Kommunikation nach außen ist eine wichtige Aufgabe und große Herausforderung. Hier muss der Kontakt zu Gemeinden und Trägern, zu Wohnungsbaugesellschaften und zu Netzwerken gehalten werden. Deshalb hat die Kreisverwaltung – auch mit Ihrer Unterstützung, sehr verehrte Abgeordnete – die Stelle eines Flüchtlingskoordinators auf den Weg gebracht.

Er (oder sie) wird hoffentlich noch im Sommer seine bzw. ihre Arbeit aufnehmen. Das ist eine Aufgabe höchster Priorität, leider fehlte auf unsere erste Ausschreibung die notwendige Resonanz.

Das Gesundheitsamt hält für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie das Betreuungspersonal aller Übergangswohnheime ein kontinuierliches sozialpsychiatrisches Angebot vor. Beratungen wurden zeitnah realisiert. In Krisensituationen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes auch vor Ort. Eine Hürde bei der Betreuung stellt nach wie vor die Verfügbarkeit von verlässlichen Sprachmittlern dar. Die Arbeit mit den Flüchtlingen ist für die Mitarbeiter eine deutliche Herausforderung, da neben der sprachlichen Barriere auch der kulturelle und biografische Kontext eine Rolle spielt.

Neben der sozialpsychiatrischen Betreuung nehmen die Gesundheitsfürsorge und die Prävention einen großen Schwerpunkt ein. Hierzu gehört die Tuberkuloseberatung genauso wie die Impfprävention vor Ort in den Einrichtungen.

Verehrte Abgeordnete,

wie bereits eingangs gesagt, müssen wir den Umgang mit Flüchtlingen als langfristiges kommunales Thema annehmen.

Doch auch insgesamt muss und will sich der Kreis dem Thema Zuwanderung stellen. Um es an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung zu bringen: Neben den heute mittlerweile 675 Flüchtlingen leben rund 5000 ausländische Mitbürger aus 104 Ländern bei uns, 2.200 von ihnen schon länger als 6 Jahre.

Neben dem akuten Handlungsbedarf hinsichtlich der Versorgung der Flüchtlinge wollen wir uns verstärkt um die Integration aller Zugereisten und eine Willkommenskultur kümmern. Das Informationsangebot der Homepage des Landkreises in englischer Sprache wird ständig erweitert. Auch auf Polnisch werden zahlreiche Informationen geboten – stellen doch Bürgerinnen und Bürger aus unserem Nachbarland rund ein Viertel aller Ausländer in Teltow-Fläming.

Unsere Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, Frau Witt, ist nicht nur Ansprechpartnerin für Flüchtlinge, sondern wendet sich allen Zuwanderern zu und unterstützt durch ihre Beratungs- und Vermittlungsarbeit. Darüber hinaus engagiert sie sich gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern des Lokalen Aktionsplanes und anderen politischen und gesellschaftlichen Aktivisten für ein gesellschaftliches Klima, das sich gegen demokratiefeindliche Bewegungen und Alltagsrassismus wendet.

Dort, wo in unserem Landkreis Übergangwohnheime gibt oder Flüchtlinge in Wohnungen leben, erfahren sie eine große Hilfsbereitschaft. Es ist nicht hoch genug zu würdigen, was Freiwillige und Anwohner vielerorts leisten. Fahrräder werden gespendet, Deutsch unterrichtet, Spielzeug, Geschirr und Bettwäsche gesammelt; sogar feste Patenschaften und Netzwerkstrukturen gebildet.

Ja, meine Damen und Herren, auf lokaler Ebene entscheidet sich, ob und in welchem Maß Integration gelingt. Und hierfür gibt es kein Patentrezept.

Willkommenskultur wirkt nachhaltig, wenn die Erwartungen, aber auch die Ängste aller – die der Neuankömmlinge und die der Alteingesessenen – ernst genommen werden. Integration ist weder eine Selbstverständlichkeit und noch das Ergebnis eines Verteilschlüssels, sondern Resultat einer kommunalen Haltung. Diese zeigen der Landkreis und viele Gemeinden deutlich, denn sie wollen Integration.

Ich wünsche mir – nein, ich bin mir sicher, dass wir auf diesem Weg auch weiter auf Ihre Unterstützung bauen können.